

Claudia Bittner

Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht

Grenzüberschreitende betriebliche
Altersversorgung im Spannungsfeld
von europäischem und internationalem
Betriebsrentenrecht

Mohr Siebeck

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Einleitung: Gegenstand und Aufgabe der Untersuchung	1
Erster Teil: Europäisches Betriebsrentenrecht: Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit	15
§ 1 Rechtsetzungszuständigkeit und Rechtsetzungstätigkeit der Europäischen Gemeinschaft in Fragen der betrieblichen Altersversorgung	15
§ 2 Funktionsweise und Gewährleistungsinhalt von Dienstleistungsfreiheit und Freizügigkeit	78
§ 3 Freizügigkeit und betriebliche Altersversorgung	109
§ 4 Dienstleistungsfreiheit und betriebliche Altersversorgung	167
§ 5 Dienstleistungsmonopole im Bereich betrieblicher Altersversorgung	221
Zweiter Teil: Internationales Betriebsrentenrecht: Kollisionsrecht der betrieblichen Altersversorgung und Anwendung deutschen Betriebsrentenrechts auf Auslandssachverhalte	257
§ 6 Kollisionsrechtliche Behandlung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung bei individualrechtlichen Versorgungszusagen	257
§ 7 Kollisionsrechtliche Beurteilung der Rechtsbeziehungen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers zum eingeschalteten Versorgungsträger bei indivi- dualrechtlichen mittelbaren Versorgungszusagen	312
§ 8 Insolvenzsicherung der Betriebsrente in Fällen mit Auslandsberührung	335
§ 9 Sachrechtliche Fragen der Anwendung deutschen Betriebsrentenrechts bei internationaler Konzernverbindung des Arbeitgebers	388
§ 10 Kollisionsrechtliche Behandlung kollektivertraglicher Versorgungzusa- gen	414
§ 11 Versorgungszusagen im internationalen Betriebsübergang	458
Schlußbetrachtung: Zum Zusammenspiel von europäischem und internationalem Betriebsrentenrecht	497
Literaturverzeichnis	508
Sachregister	535

Inhaltsverzeichnis

Einleitung Gegenstand und Aufgabe der Untersuchung

A. Untersuchungsgegenstand	1
I. Betriebliche Altersversorgung	1
1. Betriebliche Altersversorgung als zweite Säule im System der Alterssicherung	1
2. Systeme betrieblicher Altersversorgung in Europa	4
II. Europäisches Betriebsrentenrecht	9
III. Internationales Betriebsrentenrecht	11
B. Aufgabenstellung	11
C. Gang der Untersuchung	14

Erster Teil

Europäisches Betriebsrentenrecht: Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit

§ 1 Rechtsetzungszuständigkeit und Rechtsetzungstätigkeit der Europäischen Gemeinschaft in Fragen der betrieblichen Altersversorgung	15
A. Kompetenzordnung der Europäischen Gemeinschaft	16
I. Das Prinzip der Einzelermächtigung	16
II. Art. 308 EG <i>als</i> Ergänzungszuständigkeitsnorm	17
III. <i>Ungeschriebene</i> Kompetenzerweiterungen	19
IV. Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	19
V. Formen und Verfahren gemeinschaftlicher Rechtsetzung	22
1. Form der Rechtsetzung und Regelungsmechanismus	22
2. Verfahren	23
a) Rechtssetzungsverfahren nach dem EG-Vertrag	23
b) Insbesondere: Rechtssetzungsverfahren nach Art. 137 EG (frü- her Protokoll Nr. 14 und Abkommen über die Sozialpolitik)	24
VI. Wahrung der Kompetenzordnung	26
1. EuGH	26
2. BVerfG	27

B. Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und des Binnenmarktes im Hinblick auf die betriebliche Altersversorgung in Europa	29
I. Die allgemeinen Zielvorgaben des Gemeinsamen Marktes und des Binnenmarktes	29
II. Einzelne Kompetenznormen	31
1. Binnenmarkt Art. 95 EG	31
2. Gemeinsamer Markt Art. 94 EG	32
a) Rechtsetzungsvorhaben die soziale Dimension betrieblicher Altersversorgung betreffend: Angleichung der Unverfallbarkeitsfristen gestützt auf Art. 94 EG?	32
b) Rechtsetzung die soziale Dimension betrieblicher Altersversorgung betreffend	35
aa) 77/187/EWG Betriebsübergang; RL 98/50/EG Änderungsrichtlinie	35
bb) RL 80/987/EWG Insolvenzschutz	37
cc) RL 75/117/EWG zur Lohngleichheit und RL 86/378/EWG, RL 96/97/EG zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit	38
dd) Fazit	39
c) Rechtsetzungsvorhaben die wirtschaftliche Dimension betrieblicher Altersversorgung betreffend: Schaffung eines „Europäischen Pensionsfonds“?	40
C. Betriebliche Altersversorgung als Gegenstand europäischer Sozialpolitik	41
I. Sozialpolitische Normen ohne Kompetenzcharakter	41
II. Kompetenznorm des Art. 137 EG (früher Art. 118a EGV, Art. 2 des Abkommens über die Sozialpolitik)	44
1. Rechtsetzungsbefugnisse aus Art. 137 EG	44
a) Verbesserung der Arbeitsumwelt zum Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer	44
b) Gestaltung der Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, sozialer Schutz der Arbeitnehmer, Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrages, Mitbestimmung	45
2. Grenzen des Art. 137 Abs. 6 EG	46
D. Verwirklichung von Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit im Hinblick auf die betriebliche Altersversorgung in Europa	47
I. Verwirklichung der Freizügigkeit	47
1. Rechtsetzungsvorhaben Angleichung der Unverfallbarkeitsfristen nach Art. 40 EG	47
2. Richtlinien und Verordnungen zur Gewährleistung der Freizügigkeit	48

a) VO (EWG) 1612/68 Freizügigkeits-Verordnung	49
b) VO (EWG) Nr. 1251/70 Verbleibe-Verordnung	50
c) RL 90/365/EWG Pensionisten-Aufenthalts-Richtlinie.	50
3. Maßnahmen nach Art. 42 EG.	51
a) Art. 42 EG als Kompetenznorm für Maßnahmen auf dem „Gebiet der sozialen Sicherheit“.	51
b) VO (EWG) 1408/71 Systeme der sozialen Sicherheit	52
c) RL 98/49/EG Wahrung ergänzender Rentenansprüche.	53
aa) Chronologie der Vorarbeiten.	53
bb) Regelungsgehalt der Richtlinie 98/49/EG.	56
cc) Rechtsetzungskompetenz aus Art. 42, 308 EG (Art. 51, 235 EGV).	57
4. Grünbuch.	60
II. Exkurs zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit	61
III. Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit	64
1. Rechtsetzungskompetenz aus Art. 47 Abs. 2, 55 EG.	64
2. Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen 96/71/EG.	65
3. Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt für Lebensversicherungen.	66
a) Die drei Lebensversicherungsrichtlinien.	66
aa) Auswirkungen auf die Direktversicherung i.S. von § 1 Abs.2 BetrAVG.	66
bb) Auswirkungen auf die Pensionskasse i.S. von § 1 Abs. 3 BetrAVG.	68
cc) Auswirkungen auf die Unterstützungskasse i.S. von § 1 Abs.4 BetrAVG.	69
b) Vorschlag einer Richtlinie zur Zwangsliquidation von Versi- cherungsunternehmen.	69
4. (Gescheiterter) Vorschlag einer Richtlinie über die Freiheit der Vermögensverwaltung und Vermögensanlage für Einrichtungen der Altersversorgung (sog. Pensionsfonds-Richtlinie).	70
a) Anwendungsbereich: betroffene Durchführungswege.	70
b) Wesentlicher Regelungsgegenstand: Vermögensverwaltung und Vermögensanlage.	72
c) Chronologie des Scheiterns.	73
d) Grünbuch.	74
E. Zusammenfassung	75
§2 Funktionsweise und Gewährleistungsinhalt von Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit	78
A. Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit als Funktionsbedin- gungen des Gemeinsamen Marktes im Bereich betrieblicher Altersversorgung.	78
I. Freizügigkeit im Gemeinsamen Markt.	78
1. Subjektive und objektive Seite der Freizügigkeit.	78

2. Arbeitnehmermobilität kein absolutes Ziel	79
3. Tatsächliche Situation	80
II. Dienstleistungsfreiheit im Gemeinsamen Markt	81
1. Subjektive Konzeption: Dienstleistungsfreiheit als Personen- verkehrsfreiheit	81
2. Objektive Konzeption: Dienstleistungsfreiheit als Pendant zur Warenverkehrsfreiheit	82
III. Spannungsverhältnis von Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit	83
B. Transnationaler Charakter der Grundfreiheiten	83
I. Grenzüberschreitung	83
II. Zulässigkeit umgekehrter Diskriminierung	84
1. Europarecht	84
2. Nationales Verfassungsrecht	85
C. Gewährleistungsinhalt und Schranken von Dienstleistungs- freiheit und Freizügigkeit	86
I. Diskriminierungsverbot	87
1. Unmittelbare Diskriminierung	87
a) Freizügigkeit	87
b) Dienstleistungsfreiheit	87
2. Mittelbare Diskriminierung	88
II. Beschränkungsverbot	89
1. Dienstleistungsfreiheit	89
a) Absolutes Beschränkungsverbot	90
b) Relatives Beschränkungsverbot	90
2. Freizügigkeit	91
a) Übertragbarkeit der Beschränkungsdogmatik der Dienst- leistungsfreiheit auf die Freizügigkeit	91
b) Rechtsprechung des EuGH	93
c) Verständnis der Kommission	95
III. Ausnahmen und Schranken	96
1. Diskriminierungsverbot	96
a) Dienstleistungsfreiheit	96
b) Freizügigkeit	96
2. Beschränkungsverbote	97
a) Dienstleistungsfreiheit	97
aa) Rechtfertigende Gründe des Allgemeininteresses	97
bb) Auswirkungen der Keck/Mithouard-Rechtsprechung des EuGH	99
cc) Arbeitsrechtlicher Ortsstandard und Beschränkungs- verbot	100
b) Freizügigkeit	101
IV. Ergebnis	103
D. Anwendbarkeit und Adressaten der Grundfreiheiten	103
I. Unmittelbare Anwendbarkeit	103

II. Adressaten der Grundfreiheiten104
1. Staatliche Rechtsetzung und Maßnahmen.104
2. Horizontale Drittwirkung im Verhältnis zu Privatpersonen.104
a) Nichtstaatliche kollektive Rechtsetzung104
b) Individualverträge.105
aa) Beschränkungsverbot106
bb) Diskriminierungsverbot.107
E. Zusammenfassung.107
§ 3 Freizügigkeit und betriebliche Altersversorgung109
A. Schutzbereich der Freizügigkeit109
I. Persönlicher Anwendungsbereich109
1. Aktive Arbeitnehmer.109
2. Betriebsrentner.110
3. Familienangehörige.111
4. Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats.111
II. Sachlicher Anwendungsbereich112
1. Betriebsrentenzusagen als sonstige Arbeitsbedingungen im Sinne von Art. 39 Abs. 1 und 2 EG.112
2. Zugang zum Arbeitsmarkt eines Mitgliedstaates.113
a) Erstmalige Arbeitsaufnahme und grenzüberschreitender Arbeitgeberwechsel.113
b) Arbeitnehmerentsendung113
aa) Fallgruppen.114
bb) Ergebnis.116
III. Mobilität „hin zum“ und „weg vom“ deutschen Arbeitgeber.117
IV. Weiterer Gang der Untersuchung.118
B. Fortführung der Altersversorgung beim Arbeitgeber im Entsendestaat in Fällen einer vorübergehenden grenzüberschreitenden Entsendung119
I. Interesse des entsandten Arbeitnehmers an der Fortführung der betrieblichen Altersversorgung beim entsendenden Arbeitgeber119
II. Beschränkungen durch das deutsche Recht als Recht des Entsendestaates.121
1. Fortführung der Betriebsrentenbeziehung in Deutschland.121
2. Art. 6 Abs. 1 RL 98/49/EG.122
III. Beschränkungen durch das deutsche Recht als Recht des Aufnahmemitgliedstaats.122
1. Zwangszusatzversorgung im Inland.122
a) Kein zweites Arbeitsverhältnis am Arbeitsort: „bloße Delegation“.123
b) Aktives Arbeitsverhältnis am Arbeitsort: „Entsendung“.124
2. Art. 6 Abs. 2 RL 98/49/EG.125

C.	Sicherung der betrieblichen Altersversorgung bei einem grenzüberschreitenden Arbeitgeberwechsel ins Ausland	126
I.	Unverfallbarkeitsfristen und Wartezeiten als Beschränkungen der Freizügigkeit	126
1.	Unverfallbarkeitsfristen	126
a)	Relatives Beschränkungsverbot	129
b)	Absolutes Beschränkungsverbot	129
c)	Untauglichkeit des Koordinierungsmodells der VO (EWG) 1408/71.	131
d)	Ergebnis.	133
2.	Wartezeiten	133
II.	Mechanismen des Betriebsrentenschutzes beim grenzüberschreitenden Arbeitgeberwechsel	135
1.	Aufrechterhaltung unverfallbarer Versorgungsanswartschaften beim Altersversorgungssystem des bisherigen Arbeitgebers.	135
a)	§§ 1, 2 BetrAVG.	135
b)	Art.4 RL 98/49/EG.	137
2.	Grenzüberschreitende Übernahme von Verbindlichkeiten (§4 BetrAVG).	137
a)	Kollisionsrechtliche Vorfragen.	137
b)	Übertragung ins Ausland: Relative Beschränkung der Freizügigkeit weg vom deutschen Arbeitgeber?.	138
c)	Kein Wahlrecht zwischen Aufrechterhaltung und grenzüberschreitender Übertragung.	139
d)	Übertragung ins Inland: Mobilität hin zum deutschen Arbeitgeber.	142
3.	Kapitalabfindung (§3 BetrAVG).	142
D.	Freizügigkeitsprobleme beim Aufenthalt bzw. Verbleib des Betriebsrentners im EU-Ausland.	145
I.	Transfer von Leistungen - Art. 5 RL 98/49/EG.	145
II.	Besteuerung der Betriebsrente.	146
III.	Die Anpassungsverpflichtung nach § 16 BetrAVG.	147
1.	Rechtslage bis zum 31.12. 1998.	147
a)	Meinungsspektrum zum Teuerungsausgleich bei Aufenthalt des Betriebsrentners im Ausland.	147
b)	Maßgeblichkeit des durch die Vertragswährung bestimmten Binnenwertrisikos.	148
2.	Rechtslage ab dem 01.01. 1999 (RRG 1999).	150
E.	Koordinierung von Betriebsrenten mit Sozialrenten sowie sonstigen Bezügen unter dem Freizügigkeitsgebot	151
I.	Abstimmung der betrieblichen Altersversorgung mit dem Sozialversicherungsschutz bei Alter und Invalidität.	151
II.	Berücksichtigung ausländischer Bezüge im Rahmen von Gesamtversorgungssystemen nach §5 BetrAVG.	152
1.	Anrechnung ausländischer Bezüge nach §5 Abs. 2 S.2 BetrAVG	153

a)	Anrechnung ausländischer gesetzlicher Renten (§5 Abs. 2 S.2 1. Alt. BetrAVG)	153
aa)	Rechtsprechung des BAG	154
bb)	Kritik des Kriterienkatalogs des BAG	155
cc)	Ergebnis	157
b)	Anrechnung sonstiger ausländischer Versorgungsbezüge (§5 Abs.2 S.2 Alt. 2 BetrAVG)	158
c)	Koordinierungsproblem beim Aufeinandertreffen von Anrechnungsklauseln	159
d)	Änderung und Widerruf von Versorgungszusagen bei Über- versorgung wegen ausländischer Bezüge	159
2.	Allgemeines Auszehrungsverbot für laufende Leistungen nach §5 Abs. 1 BetrAVG	160
III.	Vorzeitige Betriebsrente bei vorzeitigem Bezug einer ausländischen Altersrente nach §6 BetrAVG	161
1.	Keine Anwendung des §6 BetrAVG bei vorzeitigem Bezug einer ausländischen Altersrente nach h.M.	161
2.	Relative Beschränkung der Freizügigkeit	162
3.	Rechtfertigung durch Gründe des Allgemeininteresses	163
a)	Rechtssicherheit	163
b)	Gleichbehandlung	163
c)	Ergebnis	165
F.	Zusammenfassung	165
§4	Dienstleistungsfreiheit und betriebliche Altersversorgung	167
A.	Schutzbereich der Dienstleistungsfreiheit	167
I.	Persönlicher Anwendungsbereich	167
1.	Erwerbszweck des Trägers der Dienstleistungsfreiheit	167
2.	Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates	168
II.	Sachlicher Anwendungsbereich	168
1.	Begriff der Dienstleistung	168
2.	Verhältnis der Dienstleistungsfreiheit zur Freiheit des Zahlungs- und des Kapitalverkehrs	169
III.	Zum Zusammenhang von Arbeitskollisionsrecht und Dienstlei- stungsfreiheit	169
IV.	Weiterer Gang der Untersuchung	170
B.	Grenzüberschreitende Dienstleistungen bei Durchführung der betrieblichen Altersversorgung in einem der Durchführungswege des BetrAVG	171
I- IX	Dienstleistung im Verhältnis Versorgungsträger - Arbeitgeber	171
1-	Erwerbszweck des Trägers der Dienstleistungsfreiheit und Ent- geltlichkeit der Dienstleistung i.S. des Art. 50 EG	171
a)	Direktversicherung durch Versicherungsunternehmen	171
b)	Mittelbare Versorgung durch Pensionskassen	172

*

c) Mittelbare Versorgung durch Unterstützungskassen	173
2. Grenzüberschreitung der Dienstleistung	174
a) Arbeitgeber mit Sitz im Ausland	175
aa) Direktversicherung	175
bb) Pensionskasse	176
cc) Unterstützungskasse	178
b) Versorgungsträger mit Sitz im Ausland	178
aa) Direktversicherung	178
bb) Pensionskasse	179
cc) Unterstützungskasse	180
c) Grenzüberschreitendes Element: Arbeitsort des Arbeitnehmers	180
aa) Arbeitnehmer mit Arbeitsort im Ausland	181
bb) Arbeitnehmer mit Arbeitsort im Inland	182
II. Keine Dienstleistung im Verhältnis zugunsten der Arbeitgeber - begünstigter Arbeitnehmer	182
III. Keine Dienstleistung „betriebliche Altersversorgung“ im Verhältnis Versorgungsträger - Arbeitnehmer	183
IV. Dienstleistung bei Fortführung einer Versorgungszusage durch einen Dritten, der nicht Arbeitgeber der begünstigten Arbeitnehmer ist	184
C. Grenzüberschreitende Dienstleistungen betrieblicher Altersversorgung außerhalb der Durchführungswege des BetrAVG	186
I. Numerus clausus der Versorgungsträger des BetrAVG als personenbezogenes Dienstleistungshindernis	187
1. Numerus clausus der Durchführungswege	187
2. Vereinbarkeit des Numerus clausus der Versorgungsträger mit der Dienstleistungsfreiheit	189
a) Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit ausländischer atypischer Versorgungsträger	189
b) Rechtfertigung der Beschränkung	190
c) Ergebnis	193
II. Produktbezogene Dienstleistungshindernisse	193
1. Betriebliche Altersversorgung als rechtlich verfaßtes Produkt	193
2. Beitragszusagen im deutschen Recht	194
a) Unanwendbarkeit des BetrAVG	194
b) Volle Dienstleistungsfreiheit mangels Regelung?	195
c) Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit wegen fehlender rechtlicher Regelung?	196
III. Folgerungen für die deutsche Pensionsfonds-Debatte	198
1. Ergänzung der betrieblichen Altersversorgung durch ein Pensionsfonds-Modell	198
2. Anforderungen der Dienstleistungsfreiheit	200
D. Mitbestimmung des Betriebsrats bei Einschaltung ausländischer Anbieter von Dienstleistungen der Zusatzaltersversorgung	202

I. Zum Spannungsverhältnis zwischen Dienstleistungsfreiheit und Mitbestimmung des Betriebsrats nach §87 Abs. 1 BetrVG.	202
1. § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG: Sozialeinrichtungen.	203
a) Begriff der Sozialeinrichtung.	203
b) Ein- und zweistufige Lösung.	204
2. §87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG: betriebliche Lohngestaltung.	205
II. Mitbestimmung des Betriebsrats bei Einschaltung einer ausländischen Sozialeinrichtung als Versorgungsträger.	206
1. Beispiel für die Schwierigkeiten einer Mitbestimmung in einer ausländischen Sozialeinrichtung.	208
2. Beschneidung des Mitbestimmungsrechts über den Gesetzesvorrang nach §87 Abs. 1 BetrVG auch für ausländisches Recht?.	209
3. Lösung des internationalen Normwiderspruchs (Anpassungs- oder Angleichungsproblem).	210
4. Ergebnis.	213
5. Folgerungen für die grenzüberschreitende Mitgliedschaft in Einrichtungen zur Altersversorgung.	213
III. Mitbestimmung des Betriebsrats bei Auslagerung der Pensionsfondsverwaltung ins Ausland (outsourcing).	214
1. Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Verwaltung inländischer Pensionsfonds durch ausländische Versicherungsunternehmen.	215
a) Zulässigkeit der grenzüberschreitenden Pensionsfondsverwaltung durch Versicherungsunternehmen.	215
b) Mitbestimmung des Betriebsrats bei Auslagerung der Pensionsfondsverwaltung auf Lebensversicherer im Ausland.	217
2. Mitbestimmung des Betriebsrats und outsourcing nach der gescheiterten Pensionsfonds-Richtlinie.	218
E. Zusammenfassung.	219
§5 Dienstleistungsmonopole im Bereich betrieblicher Altersversorgung.	221
A. Zulässigkeit von Dienstleistungsmonopolen unter dem EG-Vertrag.	222
I. Dienstleistungsfreiheit.	222
II. Wettbewerbsrecht.	223
1. Unternehmen.	223
2. Staat.	224
a) Akzessorischer Wettbewerbsverstoß des Staates nach Art. 86 Abs.1 i.V.m. Art.81, 82 EG.	224
b) Wettbewerbsverstoß des Staates selbst nach Art. 86 Abs. 1 EG.	225
3. Rechtsprechung des EuGH zur Zwangsmitgliedschaft in niederländischen Betriebsrentenfonds.	226

B. Dienstleistungsmonopol Gemeinsamer Einrichtungen auf der Grundlage allgemeinverbindlicher Altersversorgungstarifverträge	229
I. Dienstleistungsfreiheit	229
1. Beschränkung der positiven Dienstleistungsfreiheit ausländischer Anbieter bzw. der negativen Dienstleistungsfreiheit inländischer Nachfrager	229
a) Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifnorm als Rechtssetzungsakt	230
b) Beschränkende Wirkung	231
2. Rechtfertigung der Beschränkung durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses	232
a) Öffentliches Interesse i.S. des §5 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 TVG und rechtfertigendes Allgemeininteresse i.S. der EuGH-Rechtsprechung	233
aa) Öffentliches Interesse an der Allgemeinverbindlicherklärung	233
bb) Zwingendes Allgemeininteresse zur Rechtfertigung der Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit	236
b) Ergebnis	237
II. Wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit	237
1. Unternehmen	237
2. Staat	238
C. Vereinbarkeit der obligatorischen Zusatzaltersversorgung in Frankreich mit dem Wettbewerbsrecht	240
D. Dienstleistungsmonopol des PSVaG für die Insolvenzsicherung betrieblicher Altersversorgung	242
I. Dienstleistungsfreiheit	242
1. Beschränkung der positiven Dienstleistungsfreiheit ausländischer Anbieter bzw. der negativen Dienstleistungsfreiheit inländischer Nachfrager	242
a) Monopolstellung des PSVaG	242
b) Anwendbarkeit der Dienstleistungsfreiheit	243
aa) Versicherungstätigkeit des PSVaG als entgeltliche Dienstleistung	243
bb) Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 45 EG) im Beitragsbereich	245
2. Rechtfertigung der Beschränkung durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses	246
a) Allgemeininteresse	246
b) Verhältnismäßigkeit	246
c) Ergebnis	248
3. Gerechtfertigte Beschränkung der negativen Dienstleistungsfreiheit ausländischer Nachfrager	248
4. Ausschluß ausländischer Arbeitgeber von der Insolvenzsicherung über den PSVaG	248

II. Wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit	251
1. Unternehmen	251
a) PSVaG als Unternehmen i.S. des Wettbewerbsrechts	251
b) Zwangsversicherung inländischer Arbeitgeber	252
c) Ausschluß ausländischer Arbeitgeber von der Insolvenzversicherung	252
2. Staat	253
a) Zwangsversicherung inländischer Arbeitgeber	253
b) Ausschluß ausländischer Arbeitgeber von der Insolvenzversicherung	253
E. Zusammenfassung	254

Zweiter Teil

Internationales Betriebsrentenrecht: Kollisionsrecht der betrieblichen Altersversorgung und Anwendung deutschen Betriebsrentenrechts auf Auslandssachverhalte

§6 Kollisionsrechtliche Behandlung der Arbeitgeber - Arbeitnehmer - Beziehung bei individualrechtlichen Versorgungszusagen	257
A. Statut der individualrechtlichen Versorgungszusage	257
I. Unmittelbare und mittelbare Versorgungszusagen	257
II. Individual- und kollektivrechtliche Versorgungszusagen	258
B. Objektive Anknüpfung	260
I. Auslandsberührung	260
II. Bestimmung der einschlägigen Kollisionsorm	261
1. Anknüpfung nach Art. 30 EGBGB (Arbeitsvertragsstatut)	261
2. Anknüpfung nach Art. 28 EGBGB bei Versorgungszusagen an Nicht-Arbeitnehmer und durch Nicht-Arbeitgeber	263
a) Betriebsrentenzusage an Personen, die nicht Arbeitnehmer sind	263
b) Betriebsrentenzusage durch Unternehmen, die nicht Arbeitgeber sind	265
aa) Drittzusage im Konzern	265
bb) Aufrechterhaltung einer isolierten betriebsrentenrechtlichen Arbeitgeberstellung bei „endgültiger Versetzung“ zu einem konzernangehörigen Unternehmen	266
cc) Drittzusage außerhalb eines Konzerns	268
3. Akzessorische Anknüpfung an das Sozialversicherungsstatut	269
a) Auseinanderfallen von Sozialversicherungs- und Betriebsrentenstatut	269
b) Akzessorische Anknüpfung der betrieblichen Altersversorgung	270
III. Anwendung des Art.30 Abs.2 EGBGB	272

3

*M

M'

"

1. Gewöhnlicher Arbeitsort Art. 30 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB.	272
2. Vorübergehende Entsendung in einen anderen Staat i.S. von Art. 30 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB.	273
a) „Bloße Delegation“.	273
b) „Entsendung mit vorgesehener Rückkehr“ und Ruhensverein- barung	273
aa) Wechsel der einschlägigen Kollisionsnorm?.	273
bb) Vorübergehender Charakter der Entsendung.	275
c) Art. 6 Abs. 1 RL 98/49/EG.	276
3. Einstellende Niederlassung i.S. von Art. 30 Abs. 2 Nr. 2 EGBGB	277
4. Ausweichklausel des Art. 30 Abs. 2 letzter Halbsatz EGBGB _____	279
C. Rechtswahl (subjektive Anknüpfung).	281
I. Grundsatz Rechtswahlfreiheit.	281
II. Rechtswahl für das Arbeitsverhältnis insgesamt	282
1. Rechtswahlschranke aus Art. 27 Abs. 3 EGBGB.	282
a) Verknüpfung des Sachverhalts mit dem Recht nur eines Staates.	282
b) Zwingende Bestimmungen i.S. des Art. 27 Abs. 3 EGBGB	283
2. Rechtswahlschranke aus Art. 30 Abs. 1 EGBGB (Günstigkeits- vergleich).	284
a) Arbeitnehmerschutzvorschrift	285
b) Arbeitnehmerschutzvorschriften im BetrAVG.	285
c) Vergleichsgegenstand	288
d) Vergleichsmaßstab und Vergleichszeitpunkt.	290
aa) Objektiver Ansatz	290
bb) Subjektiver Ansatz	291
cc) Zeitpunkt des Günstigkeitsvergleichs.	291
dd) Lösung: Objektiver Maßstab mit subjektiver Korrektur- möglichkeit	292
e) Ergebnis.	293
III. Teilrechtswahl.	294
1. Spaltung von Arbeitsvertragsstatut und Betriebsrentenstatut durch Teilrechtswahl.	294
2. Keine Teilrechtswahl für einzelne Aspekte des Betriebsrentenver- hältnisses.	295
3. Materiell-rechtliche Wirkung einer unzulässigen Teilrechtswahl ..	296
4. Begründung eines Betriebsrentenanspruchs nach ausländischem Recht im Wege betrieblicher Übung oder über den arbeitsrechtli- chen Gleichbehandlungsgrundsatz bei Teilrechtswahl.	296
D. Sonderanknüpfung von Eingriffsnormen.	298
I. Mechanismus der Sonderanknüpfung international zwingender Normen des deutschen Rechts.	298
1. Reichweite des Betriebsrentenstatuts.	298
2. Sonderanknüpfung inländischer Eingriffsnormen.	299
a) Internrechtlich zwingende Norm.	299
b) Ordnungspolitische Interessen.	300

c) Inlandsbezug des Sachverhalts	301
3. Verhältnis von Art. 34 EGBGB zu Art. 30 Abs. 1 EGBGB	301
4. Europarechtliche Zulässigkeit	303
II. Inländische betriebsrentenrechtliche Eingriffsnormen i.S. des Art. 34 EGBGB	304
1. Sonderanknüpfung des BetrAVG als ganzem?	304
2. Sonderanknüpfung der Insolvenzversicherung	306
a) Internrechtlich zwingender Charakter	306
b) Ordnungspolitisches Interesse	306
c) Inlandsbezug des Sachverhalts	307
d) Konsequenzen aus der Sonderanknüpfung der Insolvenzschutzbestimmungen für die Rechtswahl im internationalen Betriebsrentenrecht	308
aa) Abwahl deutschen Betriebsrentenrechts	308
bb) Wahl deutschen Betriebsrentenrechts	308
3. Keine Sonderanknüpfung der Unverfallbarkeitsvorschrift des § 1 BetrAVG	309
III. Ausländische betriebsrentenrechtliche Eingriffsnormen	309
E. Zusammenfassung	310
§7 Kollisionsrechtliche Beurteilung der Rechtsbeziehungen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers zum eingeschalteten Versorgungsträger bei individualrechtlichen mittelbaren Versorgungszusagen	312
A. Dreiecksbeziehung Arbeitgeber - Arbeitnehmer - Versorgungsträger bei mittelbaren Versorgungszusagen	312
I. Arbeitskollisionsrechtliche Beurteilung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung	312
II. Kollisionsrechtliche Beurteilung der Rechtsbeziehungen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers zum eingeschalteten Versorgungsträger	313
B. Betriebsrentenstatut deutsches Recht	315
I. Direktversicherung	315
1. Direktversicherung im Sinne von § 1 Abs. 2 BetrAVG	315
2. Kollisionsrechtliche Beurteilung der Rechtsbeziehungen zum Versicherer	316
a) Unterschiedliches Kollisionsrecht je nach Risikobelegenheit innerhalb oder außerhalb des EWR	316
b) Risikobelegenheit im EWR	318
aa) Objektive Anknüpfung	318
bb) Rechtswahl	319
cc) Sonderanknüpfung in- und ausländischer Eingriffsnormen	320
c) Risikobelegenheit außerhalb des EWR	320

d) Zum Zusammenspiel von deutschem Betriebsrentenrecht und ausländischem Versicherungsvertragsrecht	321
II. Pensionskasse	323
1. Pensionskasse im Sinne von § 1 Abs. 3 BetrAVG	323
2. Kollisionsrechtliche Beurteilung der Rechtsbeziehungen zur Pensionskasse	324
a) Mitgliedschaftsverhältnis	324
b) Versicherungsverhältnis bei Risikobelegenheit im EWR	325
aa) Objektive Anknüpfung	325
bb) Rechtswahl	326
c) Versicherungsverhältnis bei Risikobelegenheit außerhalb des EWR	326
III. Unterstützungskasse	327
1. Unterstützungskasse im Sinne von § 1 Abs. 4 BetrAVG	327
2. Kollisionsrechtliche Beurteilung der Rechtsbeziehungen zur Unterstützungskasse	328
a) Mitgliedschafts- oder Gesellschaftsverhältnis	328
b) Anspruchsbeziehung des Arbeitnehmers zur Unterstützungskasse	329
c) Auftrags- oder sonstige Rechtsbeziehung des Arbeitgebers zur Unterstützungskasse	329
d) Rückversicherung	330
C. Aufrechterhaltung von Anwartschaften und Fortführung der betrieblichen Altersversorgung bei Arbeitgeberwechsel bzw. Entsendung - Anforderungen der Richtlinie 98/49/EG	330
I. Direktversicherung	330
II. Pensionskasse	331
III. Unterstützungskasse	332
D. Betriebsrentenstatut ausländisches Recht	332
E. Zusammenfassung	333
§ 8 Insolvenzsicherung der Betriebsrente in Fällen mit Auslandsberührung	335
A. Insolvenzschutz der Betriebsrente in Europa	335
B. Insolvenzsicherung von Versorgungsansprüchen und unverfallbaren Anwartschaften im deutschen Recht	339
I. Allgemeines Insolvenzrecht und Versicherungsaufsicht	339
1. Direktzusage und Unterstützungskassenzusage	339
2. Direktversicherung und Pensionskasse	340
II. Insolvenzsicherung nach den §§7-15 BetrAVG	341
1. Direktzusage	342
2. „Gefährdete“ Direktversicherung	342
3. Unterstützungskasse	343

4. Nicht Sicherungspflichtige Durchführungswege.	343
C. Sonderanknüpfung der §§ 7-15 BetrAVG nach Art. 34 EGBGB bei den insolvenzgeschützten Durchführungswegen.	345
I. Kriterien der Sonderanknüpfung der §§ 7-15 BetrAVG - Die Posi- tion des PSVaG als Ausgangspunkt.	346
II. Eingreifen der §§ 7-15 BetrAVG in problematischen Fällen.	348
1. Zusage durch Arbeitgeber im Inland.	348
a) Bloße Delegation und vorübergehende Entsendung ins Aus- land mit Ruhensvereinbarung im Inland.	348
b) Aufrechterhaltung einer isolierten betriebsrentenrechtlichen Arbeitgeberstellung im Inland bei „endgültiger Versetzung“ zu konzernangehörigen Unternehmen ins Ausland (Arbeit- geberwechsel).	350
c) Begründung einer isolierten betriebsrentenrechtlichen Arbeit- geberstellung im Inland.	354
aa) Im grenzüberschreitenden Konzern.	354
bb) Außerhalb von Konzernverbindungen.	357
d) Zusage an eigene Arbeitnehmer ausländischer Betriebe.	358
aa) Keine Koppelung an das nach Art. 30 Abs. 2 EGBGB bestimmte Betriebsrentenstatut.	358
bb) Freizügigkeit.	363
cc) Dienstleistungsfreiheit.	364
2. Zusage durch Arbeitgeber im Ausland.	364
a) Für Arbeitnehmer im Ausland.	365
b) Für Arbeitnehmer inländischer Betriebsstätten und Nieder- lassungen.	365
III. Einstandspflicht des PSVaG.	368
1. Versorgungszusage durch Arbeitgeber im Inland.	368
2. Versorgungszusage durch Arbeitgeber im Ausland für Arbeit- nehmer einer inländischen Niederlassung.	368
a) Eröffnung eines Insolvenzverfahrens im Inland.	368
b) Eröffnung eines Insolvenzverfahrens im Ausland.	370
aa) Position des BAG.	370
bb) Inlandswirkung der Auslandsinsolvenz.	371
c) Sicherungsfall der vollständigen Beendigung der Betriebs- tätigkeit.	373
IV. Folgerungen.	374
1. Beitragspflicht nach § 10 BetrAVG.	374
2. Sicherung des PSVaG nach § 9 BetrAVG.	377
a) Forderungsübergang nach § 9 Abs. 2 BetrAVG.	377
b) Vermögensübergang nach § 9 Abs. 3 BetrAVG.	378
D. Insolvenzschutz in Sachverhalten mit Auslandsberührung bei nicht Sicherungspflichtigen Durchführungswegen.	379
I. Keine Sonderanknüpfung deutschen Betriebsrentenrechts außerhalb der §§ 7-15 BetrAVG.	379
II. Rückbezug zur Dienstleistungsfreiheit.	380

III. Insolvenzsicherheit der Betriebsrente als Kriterium im arbeitskollisionsrechtlichen Günstigkeitsvergleich	381
1. Kein arbeitnehmerschützender Charakter von Insolvenzsicherungsmechanismen	381
2. Konstruktiver Weg zur Einbringung des Insolvenzschutzes in den kollisionsrechtlichen Günstigkeitsvergleich	382
IV. Rechtswahlmöglichkeiten	383
1. Abwahl deutschen Betriebsrentenrechts	383
2. Wahl deutschen Betriebsrentenrechts	385
a) Versorgungszusage durch den Arbeitgeber	385
b) Versorgungszusage durch einen konzernangehörigen Dritten	385
E. Zusammenfassung	386
§ 9 Sachrechtliche Fragen der Anwendung deutschen Betriebsrentenrechts bei internationaler Konzernverbindung des Arbeitgebers	388
A. Anrechnung ausländischer Betriebszugehörigkeitszeiten	388
I. Betriebszugehörigkeit	388
II. Nachdienstzeiten	390
III. Vordienstzeiten	390
1. Rechtsprechung zur Anrechnung von Vordienstzeiten bei konzerninterner Arbeitnehmermobilität	390
2. Anrechnung ausländischer Vor- und Nachdienstzeiten durch konzernangehörige Arbeitgeber mit Sitz im Inland	391
a) Nicht insolvenzgeschützte Durchführungswege	391
b) Insolvenzgeschützte Durchführungswege	392
aa) Betriebszugehörigkeitszeiten im Ausland begleitet von Betriebsrentenzusage nach deutschem Recht	392
bb) Betriebszugehörigkeitszeiten im Ausland begleitet von Betriebsrentenzusage nach ausländischem Recht	392
3. Anrechnung von Vordienstzeiten durch konzernangehörige Arbeitgeber mit Sitz im Ausland auf eine Betriebsrentenzusage nach deutschem Recht	395
B. Grenzüberschreitende Übernahme von Versorgungsverpflichtungen	395
I. Übertragung deutscher Betriebsrentenverbindlichkeiten vom Inland ins Ausland	395
1. Anwendbares Recht	395
2. Rechtsprechung des BAG zur Übernahme von Verpflichtungen aus Versorgungsanwartschaften und laufender Betriebsrentenverbindlichkeiten	396
3. Übertragung auf ausländischen Nachfolgearbeitgeber	397
a) Ausländischer Folgearbeitgeber mit Niederlassung oder Betriebsstätte im Inland	398

b)	Ausländischer Folgearbeitgeber ohne Niederlassung oder Betriebsstätte im Inland	399
4.	Übertragung auf ausländische Versicherer und Pensionskassen	399
5.	Übertragung auf ausländische Unterstützungskassen	400
6.	Übertragung auf sonstige ausländische Dritte mit Zustimmung des PSVaG.	400
II.	Freizügigkeit	402
1.	Absolutes Beschränkungsverbot	402
2.	Relatives Beschränkungsverbot	402
III.	Übertragung ausländischer Betriebsrentenverbindlichkeit vom Ausland ins Inland auf deutschen Folgearbeitgeber.	403
1.	Unanwendbarkeit des Übertragungsverbot aus §4 BetrAVG	403
2.	Anrechnung ausländischer Vordienstzeiten für Folgezusagen im Inland zu Lasten des PSVaG.	405
C.	Betriebsrentenanpassung und Widerruf wegen wirtschaftlicher Notlage bei internationaler Konzernverbindung des Arbeitgebers.	406
I.	Anpassung laufender Versorgungsverpflichtungen nach § 16 BetrAVG im Konzern	406
1.	„Berechnungsdurchgriff“.	406
2.	Anpassung bei internationaler Konzernverbindung.	408
a)	Konzernstatut deutsches Recht	408
b)	Konzernstatut ausländisches Recht	409
II.	Widerruf von Versorgungszusagen wegen wirtschaftlicher Notlage im Konzern.	409
1.	„Beurteilungsdurchgriff“.	409
2.	Widerruf bei internationaler Konzernverbindung.	411
D.	Zusammenfassung.	412
§10	Kollisionsrechtliche Behandlung kollektivvertraglicher Versorgungszusagen	414
A.	Problemaufriß	414
I.	Kollektivvertragliche Altersversorgungssysteme im Spannungsverhältnis von Dienstleistungsfreiheit und Freizügigkeit	414
1.	Dienstleistungsfreiheit	414
2.	Freizügigkeit	415
II.	Kollektivvertragliche Versorgungszusagen in Europa	415
1.	Deutschland.	415
a)	Betriebsvereinbarung	415
b)	Tarifvertrag	416
2.	Beispiele aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union	417
III.	Kollisionsrechtliche Fragestellung	420
B.	Statut eines Kollektivvertrags.	421

v

t x

tu

I. Bestimmung des Statuts der Betriebsvereinbarung	421
1. Objektive Anknüpfung	421
a) Betriebssitz	421
b) Betriebsverfassungs- und Betriebsvereinbarungsstatut	422
2. Rechtswahl	422
II. Bestimmung des Statuts des Tarifvertrages	423
1. Objektive Anknüpfung	423
2. Rechtswahl	425
C. Verhältnis von Kollektivvertrags Statut und Arbeitsverhältnis- und Betriebsrentenstatut	426
I. Versorgungszusage in Betriebsvereinbarung	426
1. Deutsche Betriebsvereinbarung	426
a) Reichweite der normativen Wirkung einer deutschen Betriebsvereinbarung	426
b) Gleichlauf von Betriebsverfassungsstatut und Arbeitsver- hältnis-/Betriebsrentenstatut	428
c) Auseinanderfallen von Betriebsverfassungsstatut und Arbeits- verhältnis-/Betriebsrentenstatut	429
aa) Art.27 Abs.3 EGBGB	430
bb) Kollisionsrechtlicher Günstigkeitsvergleich nach Art. 30 Abs. 1 EGBGB	430
cc) Sonderanknüpfung nach Art. 34 EGBGB	432
dd) Schuldrechtliche Wirkung der Betriebsvereinbarung (Vertrag zugunsten Dritter)	433
ee) Ergebnis	433
2. Ausländische Betriebsvereinbarung	434
II. Tarifvertragliche Versorgungszusage	434
1. Deutscher Tarifvertrag	434
a) Gleichlauf von Tarifvertragsstatut und Arbeitsverhältnis-/ Betriebsrentenstatut	434
b) Auseinanderfallen von Tarifvertragsstatut und Arbeitsver- hältnis- bzw. Betriebsrentenstatut	436
aa) Art.27 Abs.3 EGBGB	436
bb) Kollisionsrechtlicher Günstigkeitsvergleich nach Art. 30 Abs. 1 EGBGB	436
cc) Sonderanknüpfung nach Art. 34 EGBGB	437
dd) Schuldrechtliche Wirkung des Tarifvertrages (Vertrag zugunsten Dritter)	440
ee) Ergebnis	440
2. Allgemeinverbindlicher deutscher Tarifvertrag	440
a) Keine generelle Sonderanknüpfung allgemeinverbindlicher Tarifverträge	440
b) Lösungsmodell des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und der Entsende-Richtlinie	443
aa) Keine Auswirkungen des Entsendegesetzes	444
bb) Keine Auswirkungen der Entsende-Richtlinie	445

c) Freizügigkeit	446
3. Ausländischer Tarifvertrag	447
a) Tarifvertrag ohne Normwirkung	447
b) Tarifvertrag mit Normwirkung	447
c) Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag	448
D. Rechtswahl im Kollektivertrag für das Arbeitsverhältnis/ Betriebsrentenverhältnis	449
I. Durchsetzung gegenüber objektivem Arbeitsverhältnisstatut	450
II. Durchsetzung gegenüber individualvertraglicher Rechtswahl	451
E. Kollisionsrechtliches Ergebnis	452
F. Ausblick: Europäische Kollektivverträge zur Zusatzalters- versorgung	453
I. Betriebliche Vereinbarungen	453
II. Tarifverträge	454
G. Zusammenfassung	456
§ 11 Versorgungszusagen im internationalen Betriebsübergang —	458
A. Fragestellung	458
B. Anknüpfung des internationalen Betriebsübergangs	460
I. Arbeitsvertragsstatut	462
II. Betriebsstatut	464
III. Ergebnis	465
C. Internationaler Übergang eines inländischen Betriebes	466
I. Rechtsfolgen des §613a BGB für die Betriebsrentenzusage des Veräußerers	466
1. Regelarbeitsverhältnis	466
2. Ruhendes Arbeitsverhältnis bei „Entsendung“	468
3. Isoliertes Betriebsrentenverhältnis bei „Versetzung“	469
II. Betriebsübergang von einem inländischen Veräußerer auf einen ausländischen Erwerber	469
1. Versorgungszusage nach deutschem Recht	470
a) Individualrechtliche Zusagen	470
aa) Unmittelbare Versorgungszusage	470
bb) Direktversicherung	470
cc) Pensionskasse	471
dd) Unterstützungskasse	471
ee) Wechsel des Durchführungswegs und nachträgliche Rechtswahl	472
b) Kollektivvertragliche Versorgungszusagen	473
aa) Tarifvertrag	473
bb) Betriebsvereinbarung	476
2. Versorgungszusage nach ausländischem Recht	477

a) Individualrechtliche Versorgungszusage	477
b) Kollektivrechtliche Versorgungszusage	477
III. Betriebsübergang von einem ausländischen Veräußerer auf einen inländischen Erwerber oder ausländischen Erwerber aus einem Drittstaat	478
D. Internationaler Übergang eines ausländischen Betriebes	479
I. Beispiele für Regelungen des Betriebsübergangs im ausländischen Recht	479
1. Vereinigtes Königreich	479
2. Irland	480
3. Österreich	481
4. Schweiz	482
II. Rechtsfolgen des internationalen Betriebsübergangs für Betriebs- rentenzusagen nach ausländischem und deutschem Recht	483
E. Grenzüberschreitender Betriebsübergang	484
I. Grenzüberschreitender Betriebsübergang und Freizügigkeit	484
II. Anknüpfung des grenzüberschreitenden Betriebsübergangs	484
1. Betriebsstatut am neuen Betriebsort	485
2. Statutenkumulation	485
3. Betriebsstatut am ursprünglichen Betriebsort	487
III. Grenzüberschreitender Betriebsübergang vom Inland ins Ausland ..	490
1. Individualrechtliche Versorgungszusage	491
a) Objektive Anknüpfung des Arbeits- und Betriebsrentenver- hältnisses	491
b) Rechtswahl	492
2. Tarifvertragliche Versorgungszusage	492
3. Versorgungszusage in einer Betriebsvereinbarung	494
4. Freizügigkeit	494
IV. Grenzüberschreitender Betriebsübergang vom Ausland ins Inland ..	495
F. Zusammenfassung	496

Schlußbetrachtung

Zum Zusammenspiel von europäischem und internationalem Betriebsrentenrecht

A. Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht	497
I. Soziale Dimension	497
II. Wirtschaftliche Dimension	498
B. Die Grundfreiheiten als Maßstab und Rechtsetzungsauftrag	498
C. Verwirklichung der Freizügigkeit im deutschen Betriebsrenten- recht	500

I. Freizügigkeitshindernisse im deutschen Betriebsrentenrecht	500
II. Verwirklichung der Freizügigkeit durch Ausschöpfung kollisions- und sachrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten.	501
D. Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit im deutschen Betriebsrentenrecht	504
E. Ausblick zu den Gestaltungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene.	506
Literaturverzeichnis	508
Sachregister	535